



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/01/2013  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 20.02.2013  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
5. Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen"  
Vorlage: 0957/2012 – **2. Lesung**
6. Bildungspauschale 2013  
Vorlage: 1171/2012
7. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und unterbreitet den Vorschlag, eine gemeinsame Sitzung mit dem Schulausschuss zu machen. Themen seien u.a. Schulsozialarbeit, Offener Ganzttag, integrierte Bildungsarbeit und Kita und Grundschulen. Man habe bereits in der ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses darüber gesprochen und der Vorschlag sei seinerzeit mit positiver Resonanz aufgenommen worden. Er habe mit der Vorsitzenden des Schulausschusses, Frau Neuhaus, Kontakt aufgenommen. Auch bei ihr sei der Vorschlag gut angekommen. Für den Schulausschuss sei die nächste Sitzung am 19.03.2013 und für den Jugendhilfeausschuss am 20.03.2013 geplant.

Er bittet die Verwaltung, aus beiden Sitzungsterminen einen Sitzungstermin am 20.03.2013 zu machen. Sollte es noch weitere separate Tagesordnungspunkte geben, könne man diese im Anschluss an die gemeinsame Sitzung beraten. Er stellt fest, dass die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind.

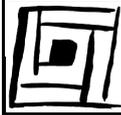
#### **2. Mitteilungen**

Herr Steuber berichtet, dass das zuständige Jugendministerium des Landes Nordrhein-Westfalen die Stadt Hagen darüber informiert habe, dass mit dem Haushalt 2013 zwei weitere Familienzentren eingerichtet werden könnten. Man werde in Kürze Gespräche mit den Trägern führen und dem Jugendhilfeausschuss dann einen Vorschlag unterbreiten. Dabei sei vorstellbar, den bisher nicht verwirklichten Vorschlag wieder aufzugreifen, eine Koordinierungsstelle für die Familienzentren einzurichten.

Die Schriftführerin Frau Hogrebe informiert über das geänderte Abstimmungsverfahren aufgrund der geänderten Geschäftsordnung des Rates. Sie habe zur Orientierung eine Mitgliederliste des JHA ausgelegt.

Herr Strüwer informiert darüber, dass gestern im Rahmen des Begleitausschusses „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ eine Sitzung stattgefunden habe. Er bittet Herr Fischer zu berichten, wie es im Jahr 2013 weitergehe.

Herr Fischer ergänzt, dass man gestern über Anträge beraten habe, die dort eingegangen seien. Das Bündnis „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ sei das Förderprogramm, das in diesem Jahr zum letzten Mal laufe. Man verfüge über ca. 30.000 € für den Bereich Hagen. Die Anträge seien gestern bewilligt worden. Es gebe eine



besondere Veranstaltung, die separat beantragt worden sei. Dabei gebe es einen Bündnistag für Toleranz und Demokratie, der bundesweit stattfinde. Die Zentralveranstaltung finde in Berlin statt. Man werde in der Woche oder am gleichen Tag eine Veranstaltung in Hagen haben. Dazu würde er die Ausschussmitglieder herzlich einladen. Diejenigen, die sich zu diesem Bündnis stellten, könnten mithelfen, dass das Förderprogramm über das Förderjahr hinaus weitergehe.

### 3. Anliegen der Jugendräte

Frau Borggräfe teilt mit, dass es keine Neuigkeiten aus dem Jugendrat gibt.

### 4. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

#### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber teilt mit, dass die Regionalkonferenzen mit allen Trägern, die in Hagen Kindertageseinrichtungen betrieben, stattgefunden hätten. Er könne jetzt mit Stand vom 22.01.2013 berichten. Das Anmeldeverfahren für das Kindergartenjahr 2013/2014 sei gelaufen. Er beschreibe die derzeitige Situation.

Herr Strüwer spricht ein großes Lob an alle Beteiligten aus. Er bittet Frau Haack, im Anschluss zu berichten, welche Projekte konkret geplant seien und in welchem Zeitraum diese realisiert werden könnten.

Herr Reinke nimmt Bezug auf die genannten 100 Plätze, die für die 3-6-jährigen fehlten sowie auf die 30 fehlenden Plätze im U-3-Bereich. Ließen sich diese räumlich zuordnen?

Frau Haack antwortet, dass das über das gesamte Stadtgebiet verteilt sei.

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass man das Schulgutachten habe überprüfen lassen. Man habe 350 Kinder weniger in der Anmeldung an Grundschulen gehabt als erwartet. Dort sei es zu einem Rechenfehler gekommen und man habe gebeten, das Gutachten zu überprüfen.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass sich das Land von speziellen Ausgaben aufgrund des höheren Schuleingangsalters entlaste. Die Kinder, die noch zusätzlich in der Kinderbetreuung verweilen müssten, gingen zum großen Teil zu Lasten der Kommune.



Frau Debudaj fragt, wie man mit der Problem umgehe, dass 130 Kinder noch keinen Kindergartenplatz bekommen hätten. Woher wolle man das zusätzlich benötigte Personal nehmen?

Frau Haack antwortet, dass die Eltern, die betroffen seien, mit der Absage einen Fragebogen bekommen hätten, mit dem sie mitteilen könnten, ob der Betreuungsbedarf weiterhin bestehe. Das seien jetzt vorläufige Zahlen. Die endgültigen Zahlen könne man erst in der März-Sitzung präsentieren. Natürlich brauche man bei einer vorübergehenden Mehrbelegung einzelner Gruppen auch mehr Personal. Es sei deutlich gemacht worden, dass der Personalschlüssel umgesetzt werden müsse. Dieser sei ja auch bindend nach dem KiBiz.

Herr Strüwer zieht die Bilanz, dass man einen Schritt auf die Vollversorgung erwarten könne.

Frau Haack stellt unter Bezug auf die Bitte von Herrn Strüwer die Planung vor (**siehe Anlage zu TOP 5**).

Herr Strüwer bedankt sich bei der Verwaltung, die zusammen mit den Trägern und auch mit vielen Investoren in dieser Stadt in den vergangenen zwölf Monaten in beeindruckender Weise aktiv geworden sei.

**5. Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen"**  
**Vorlage: 0957/2012 – 2. Lesung**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer erinnert daran, dass zu dem Bericht bereits eine Einführung in der letzten Sitzung gemacht worden sei. In der vergangenen Woche habe zu dem Thema eine Unterausschusssitzung „Jugendhilfeplanung“ stattgefunden. Man habe sich dort intensiv mit dem Bericht auseinandergesetzt.

Herr Goldbach stellt auf Bitte von Herr Strüwer die Schwerpunkte des Berichtes dar und fasst die Ergebnisse der Diskussion aus dem Unterausschuss zusammen.

Herr Strüwer berichtet, dass man sich im Unterausschuss einig gewesen sei. Es handele sich um einen Bericht zwischen den Jugendförderplänen, die entscheidend für die zukünftige Ausrichtung der Jugendarbeit seien. Für die Beratungen des Jugendförderplans 2015-1019 benötige man erhärtete Zahlen, um deutliche Konsequenzen ableiten zu können, wie man sich in den nächsten Jahren aufstellen werde. Das werde noch einmal einen besonderen Anspruch an die Aufarbeitung dieses Gesamtpapiers stellen. Von Seiten des Landes werde ein sehr hoher Wert auf Projekte gelegt, während die Infrastruktur finanziell auf einem gleichbleibenden Niveau gehalten werde. Es sei Wunsch der Unterausschussmitglieder, stärker in Richtung Land



darauf hinzuwirken, dass auch die Infrastruktur mehr gestärkt würde. Auch sollten Projektmittel jahresübergreifend eingesetzt werden dürfen.

Herr Reinke schließt sich den Ausführungen von Herr Strüwer an. Er weist auf das Jugendforum Halden hin, wo man aufgrund von längerer Krankheit der hauptamtlichen Kraft Probleme gehabt habe. Glücklicherweise habe das durch den Partner CVJM aufgefangen werden können. Er bedankt sich dafür. Im Hinblick auf den neuen Jugendförderplan macht er deutlich, dass die Förderung einer viertel Stelle bei den Besucherzahlen und dem ehrenamtlichen Engagement zu wenig sei.

Herr Feldhaus weist darauf hin, dass die Frage der Integration immer wichtiger werde. In der zukünftigen Planung der Aktivitäten solle darauf ein Schwerpunkt gesetzt werden. Die Sozialräume, in denen ein hoher Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund sei, sollten auch zukünftig in den Einrichtungen verstärkt in den Fokus genommen werden.

Weiterhin spricht er einen Punkt an, den man unter Umständen von Seiten der Verwaltung hinterfragen solle. Es gehe um die Personal- und Sachkosten der einzelnen Einrichtungen, die im Bericht in einer Tabelle dargestellt seien. In manchen Bereichen werde von dem üblichen Verhältnis 80/20 abgewichen. Es sei interessant zu erfahren, wie das zustande gekommen sei.

Herr Strüwer bedankt sich für die gemachten Hinweise.

Zur Migration weist er darauf hin, dass dazu auch in dem Statistikeil näher darauf eingegangen werde. Den Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ werde man zukünftig überdenken müssen. Die Zahl der Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund werde zukünftig rasant runtergehen. Das habe etwas damit zu tun, dass die Menschen in dritter Generation mit deutschem Pass nicht mehr als Migranten gewertet würden, sondern als Deutsche. Das spiegele nicht die Wirklichkeit wieder. Da werde man umdenken müssen.

im Statistikeil habe man die sozialräumliche Herangehensweise unter dem Gesichtspunkt Kinderschutz und Präventivarbeit. Das werde auch in einer der nächsten Sitzungen vertieft werden. Zu den Zahlen der Erziehungshilfe sei der Wunsch geäußert worden, dargestellt zu bekommen, welche Erziehungshilfen in welcher Höhe aktuell gewährt würden und welche Veränderungen es in dem Bereich gegeben habe. Er bittet, das dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Wenn es gelänge, auch in diesem Bereich umschichten zu können, dann hätte man auch den Beweis erbracht, dass präventive Arbeit sich lohne und es vernünftig sei, mehr Geld in diesen Bereich zu investieren.

Herr Steuber weist auf den zeitlichen Aspekt hin. Man habe in der nächsten Woche ein großes Trägergespräch, zu dem die Verwaltung eingeladen habe. Dort solle es auch darum gehen, wie man das, was man an präventiven frühen Hilfen vorgestellt und beschlossen habe, in den kommenden Jahren ausbauen wolle. Die Kämmerei habe dazu eine klare Vorstellung. Alles stehe unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltes 2013 durch die Bezirksregierung. Man sei derzeit nicht in der Lage, Mittel für präventive Frühe Hilfen, die im letzten Jahr vom Rat beschlossen worden seien, auszugeben. Man bereite die Dinge im Moment konzeptionell und methodisch vor. Mehr könne man nicht tun. Umsetzbar sei noch nichts davon.



Herr Strüwer empfiehlt, die Gespräche so zu führen, als ob die Genehmigung des Haushaltes kurz bevor stände. Er sei da ganz zuversichtlich.

**Beschluss:**

Der Bericht zur „Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hagen“ wird zur Kenntnis genommen.

Zur Kenntnis genommen

**6. Bildungspauschale 2013**  
**Vorlage: 1171/2012**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Dr. Schmidt möchte die Vorlage dahingehend ergänzen, dass die Maßnahmen im U-Bereich im Protokoll bei den Kostenschätzungen für 2014/2015 nachzulesen seien.

Herr Strüwer merkt an, dass die Bildungspauschale früher „Schulpauschale“ geheißen habe. Da habe es sich um Mittel gehandelt, die fast ausschließlich im Schulbereich eingesetzt worden seien. Aus der Notsituation heraus, die sich auch im Kitabereich entwickelt habe, sei es notwendig gewesen, über alternative Finanzierungsmöglichkeiten nachzudenken. Wenn der Schulausschuss ohne Weiteres bereit gewesen sei, Mittel in nicht unerheblicher Höhe für den Kita-Ausbau aus der Bildungspauschale zur Verfügung zu stellen, sei dies ein großes Entgegenkommen der Schulpolitiker im Rat.

Herr Losch hat eine Frage zur Spielbrinkschule, die dort mit der Sporthalle aufgeführt sei. Es gehe um einen Betrag in Höhe von 30.000 € für die Duschen. Es sei doch in der Diskussion, dass eine Grundschule in Haspe geschlossen werden solle. Gebe es dort schon nähere Erkenntnisse?

Herr Dr. Schmidt bittet um Verständnis, dazu nichts sagen zu wollen.

Herr Reinke erklärt, er sei überrascht gewesen, in der Vorlage die Maßnahme „Duschen für die Turnhalle in der Karl-Ernst-Osthaus-Grundschule“ in der Filiale Halden zu sehen. Er habe in der Vergangenheit die schriftliche Zusage erhalten, dass das in 2012 erledigt werden solle. Das könne er nicht nachvollziehen.

Herr Dr. Schmidt nimmt dazu Stellung, dass er versuchen wolle, die Frage morgen im Rat zu beantworten.

Herr Strüwer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.



	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	2		
SPD	2		
FDP	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

**Beschluss:**

- 1) Von den seitens des Landes NRW in der Bildungspauschale zusätzlich bereit gestellten 1,77 Mio. € werden 1,1 Mio. € dem weiteren U3-Kindertagesstätten-Ausbau und 670.000 € dem Schulbereich zur Verfügung gestellt.
- 2) Die in der Anlage genannten Maßnahmen sind in 2013 umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

**7. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

Herr Reinke fragt nach dem Ortstermin in der Kindertageseinrichtung Boeler Straße, den man vereinbart habe. Sei dieser bereits terminiert?

Frau Haack berichtet über den Stand der Angelegenheit.



Man einigt sich auf einen Besichtigungstermin kurz vor der Sommerpause.

Herr Fischer weist darauf hin, dass man sich damit beschäftigen müsse, wie es mit Schulsozialarbeit weiter gehe. Wann werde es dazu Gespräche geben?

Herr Goldbach erklärt, dass man dieses Thema in der Sitzung im März beraten werde.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.10 Uhr

gez. Willi Strüwer  
Vorsitzender

Gez. Sabine Högbe  
Schriftführerin